

Geld, das nicht gebraucht wird

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen der Nullzinspolitik

Ein Vortrag von Thomas Jorberg

Von der Diskussion über das Vollgeld soeben, bin ich, vermutlich ebenso wie Sie auch, voll von Anregungen. Ich würde alles am liebsten gleich nochmal anschauen und ich habe auch noch einige Fragen. Aber ich möchte ein weiteres, ergänzendes Thema ansprechen.

Der Titel meines Vortrags: „Geld, das nicht gebraucht wird“, müsste selbstverständlich in Anführungsstrichen stehen. Vielleicht müsste man vielmehr fragen: „Wo wird Geld gebraucht?“ Auch den Untertitel, „Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen der Nullzinspolitik“, könnte man getrost als Frage formulieren. Ist wirklich die Nullzinspolitik die Verursacherin? Oder liegt die Ursache in der allgemeinen Entwicklung? Auf diese und andere Fragen werde ich eingehen.

Einsicht bei den Banken?

Fast täglich kann man über eine neue, dubiose Geschichte aus der Welt der Banken lesen. Vor zwei Wochen habe ich einen Bericht im Radio gehört über die Cum-Cum-Geschäfte. Ich dachte, mein Gott, hat der Journalist nicht kapiert, dass das Cum-Ex-Geschäfte sind und keine Cum-Cum-Geschäfte? Bis ich gleich darauf lernen musste, dass ich hinten dran war, nämlich, dass es sowohl Cum-Ex-Geschäfte gibt als auch Cum-Cum-Geschäfte. Wen es interessiert, wird sich damit befassen haben, was das eigentlich ist. Ich dagegen würde mich verdächtig machen, könnten ich jetzt allzu genau erklären, was das für Geschäfte sind. Aber es sind jeweils Tricks um Steuern nicht zu zahlen. Was wir dann stets auf Neue aufgeführt bekommen, sind fast verzweifelte Beteuerungen, man hätte sich doch an die Gesetze gehalten. Das hat zuletzt insbesondere die Commerzbank mehrfach getan. Aber auch die Berenberg-Bank, deren Vorstand zudem der Präsident des Bundesverbandes der Banken ist.

Die Reaktionen in diesem Fall waren besonders interessant. Die Banker verstanden gar nicht, wo jetzt das Problem liege, denn sie hatten sich doch immer an die Gesetze gehalten! Sie haben gesagt: „Wir leben eben in so einem Umfeld, wo man mit so einer Sache

Geld verdienen kann. Das ist legal. Also machen wir es. Das ist doch unsere Aufgabe...“ Mein Kollege Andreas Neukirch hat dem Vorstand der Berenberg-Bank geschrieben. Daraufhin erhielten wir wiederum Post von ihm. Einen vier Seiten langen Brief. Dort führte er genau das noch einmal aus: Er könne nicht verstehen, was das Problem sei. Man habe doch getan, was eigentlich Aufgabe jeder Bank, ja jedes Wirtschaftsakteurs sei, nämlich für sich zu schauen, wie man das meiste Geld verdienen kann. Dieses Nicht-Unterscheiden-Können zwischen dem, was legal ist und dem, was legitim ist – das scheint mir ein Grundproblem des heutigen Wirtschaftslebens zu sein.

Das Rentabilitätsproblem der Banken

Wenn man sich den Bankensektor ansieht, bemerkt man, dass die Gefahr, die vom internationalen Finanzmarkt ausgeht, in den letzten sechs Monaten deutlich größer geworden ist und dass die Finanzstabilität eher stärker gefährdet ist als früher. Dies hat auch der internationale Währungsfonds diagnostiziert. Auch heute Morgen wurde es mehrfach bemerkt. Diesmal rührt die Gefahr jedoch nicht so sehr aus Risiken aus der Kreditvergabe her, sondern daher, dass die Rentabilität der Banken weltweit Anlass zur Sorge gibt.

Dies ist etwas, was heute nur mehr in Fachkreisen ausgesprochen werden kann. Denn es herrscht die Meinung vor, Banken hätten eigentlich genug Geld. Und die Menschen stellen sich die Frage, warum müssen die Banken noch etwas verdienen? Dies ist die derzeitige Haltung.

Nach wie vor existiert die Überschuldung von vielen Ländern in Südeuropa. Auf der anderen Seite – das war kürzlich in der Zeitung zu lesen – überlegt die staatliche Rentenbank, Kredite zukünftig zum Minuszins zu vergeben. Eine Überschrift im Handelsblatt lautete sinngemäß, der Landwirt verdient dann an der Kreditaufnahme.

Wenn wir uns jetzt ganz allgemein fragen: Ist eine persönliche Betroffenheit – in irgendeiner Weise – in der Bevölkerung zu spüren? Oder sind dies nur Dinge, die man eben in Zeitungen liest? Man staunt, was es

alles gibt, hegt unbewusste Angst, aber ist man wirklich betroffen? Nein!

Vom Nullzins, dem Noch-Nullzins, wie man sagen muss, ist der Durchschnittsverdiener, vielleicht als Durchschnittsanleger konkret kaum betroffen. Aber man muss die Kirche im Dorf lassen! Obwohl es schmerzhaft ist, ob man für 5.000 Euro auf einem Sparkonto 0, 1 oder 2 Prozent Zinsen bekommt – das ist nicht wirklich eine existentielle Frage.

Die Frage ist vielmehr, wie kommt der Nullzins eigentlich zustande? Ist er das Ergebnis der Politik oder ist er – wie oft gesagt wird – eine Rahmenbedingung? Ich würde sagen, keins von beiden. Der Zins ist keine Rahmenbedingung. Rein marktwirtschaftlich argumentiert, stellt sich die Frage eher beim Geld. Aber die Funktionsweise des Marktes ist eben ein Marktgeschehen. Wir haben es weltweit mit einem erheblichen Überangebot an Geld zu tun. Durch die Notenbanken wurde es nur verstärkt, nicht hervorgerufen.

Da heute die Wertschöpfung immer mehr aus Kapital generiert wird, aus Maschinen und anderen Investitionen, erwächst aus diesem Vorgang auch immer mehr Geld. Und dieses zu viele Geld drängt in die Anlage. Das haben wir auch heute Morgen bei Frau Herrmann gelernt. Wobei ich gerade überlege ob „Kapital“ oder „Geld“ der richtige Begriff ist. Aber aus dem Zusammenhang von heute Morgen können Sie dies sicher richtig einordnen.

Verstärkt wird dies durch die zunehmend kapitalgedeckte Altersversorgung. Wobei die, die vormittags fordern, dass die Verschuldung zurückgehe, nachmittags auf Knien zum Staat kommen und sagen: „Nimm mein Geld! Auch wenn es zu Minuszinsen ist!“

Das Bewusstsein, dass eine Forderung gleichzeitig eine Schuld ist, ist leider aus dem Blickfeld geraten. Jeder Geldanleger sucht im Prinzip einen Schuldner. Und insofern haben wir – rein durch das Marktgeschehen – die Situation, eines Überangebots an Geld. Mit der Folge, dass der Preis, der Zins, sinkt. Geld kurzfristig sicher zur Verfügung zu stellen ist keine Lösung mehr für die eine Nachfrage besteht.

Auch wenn der Sparkassenpräsident beteuern mag, „der Sparer wird enteignet“: Das istbarer Unsinn. Wenn jemand ein Produkt auf den Markt bringt, das

niemand kauft, sagt dieser auch nicht, er werde enteignet. Überflüssiges Geld wird einfach nicht mehr gebraucht, das ist der marktwirtschaftliche Schluss daraus.

Wir haben eine Situation, die wir nicht gewohnt sind zu denken. Geschweige denn eine Situation, die wir aus der Praxis gewohnt sind. Wir erleben eine völlig veränderte Situation. Deutlich wird das, wenn man sich selbst zum ersten Mal sagen hört, dass zu viel Geld da ist. Jeder fragt sich das erst einmal persönlich: „Wo ist das bei mir der Fall?“ Wenn diese Frage – meist recht schnell – geklärt ist, fallen einem aber meist ebenso rasch ganz, ganz viele Probleme ein. Orte, Regionen und Kontinente, wo dringend Geld gebraucht wird. Also ist nicht die Menge an Geld das Problem, wir haben es mit einer eklatanten Ungleichverteilung des Gelds zu tun. Aber das ist nichts Neues.

Mich wundert es nicht, dass das „Quantitative Easing“ der Notenbank völlig ins Leere läuft. Denn das Geld kommt nicht dort an, wo es zu Nachfrage führt, sondern es kommt bei denjenigen an, die sowieso schon zu viel Geld haben und es gar nicht in Nachfrage umsetzen können. Dieses Handeln war von vornherein zum Scheitern verurteilt und wird es auch weiter sein.

Übrigens, eine Sache aus dem Vollgeldworkshop wird mir gerade klar: Herr Huber hatte das Helikoptergeld erwähnt. Das könnte eine interessante Variante des „Quantitative Easing“ sein. Helikoptergeld ist ja sozusagen die Idee, wenn alles andere wirkungslos ist, fliegt man einfach mit dem Hubschrauber über die Landschaft und schmeißt das Geld raus. Daher kommt das Bild, man hat natürlich die Vorstellung, dass man es besser verteilt. Schlecht ist die Idee nicht. Übrigens wäre ein Grundeinkommen auch eine Möglichkeit, Vollgeld unters Volk zu bringen. Es wäre zumindest ein „Quantitative Easing“, was dort ankommt, wo es gebraucht wird. Und es würde zu Nachfrage führen. Insofern glaube ich, die Analyse wird eben auch noch in diesen alten Schemata, in den alten Denkweisen gemacht, wodurch die nüchterne Wahrnehmung der Situation geradezu behindert wird.

Überfluss als Systemproblem – Teil eins

Die Erscheinung, dass in einem Markt zu viel von etwas existiert und der Markt damit nicht zurechtkommt, haben wir nicht nur im Finanzmarkt.

Ebenfalls nicht neu ist die Feststellung, dass die Märkte dafür eigentlich nicht „leistungsfähig“ sind. Kein Wunder, sie sind nicht dafür „gebaut“. Doch wir sehen die gleiche Erscheinung – zumindest in den wohlentwickelten Wohlstandsgesellschaften – im Bereich der Ernährung, der Kleidung, der Mobilität, im Strombereich. Eigentlich haben wir in sehr, sehr vielen Bereichen längst die Situation, dass eigentlich keine Knappheit besteht, sondern ein Überangebot. Längst haben wir das im Gefühl, aber wir sehen es jetzt auch faktisch, dass ein weiteres Wachstum nicht zu einer Mehrung von Wohlstand führen wird. Insbesondere nicht im Kapitalmarkt.

Der „Geldanlegenotstand“ fördert nur die Flucht in die sogenannten Vermögenswerte, weil man meint, dort bekäme man noch Rendite. Wenn der Goldpreis mal wieder steigt – so wie jetzt – finde ich dann immer die Frage interessant, ob man nicht in Gold investieren sollte. Ich entgegne dann, das ist nicht verkehrt. Man kann mit dem Gold zwar nichts anfangen, aber es hilft einem sehr gut, um sich zu vergegenwärtigen, dass mein Geld täglich weniger wert wird. Denn die Menge an Gold, die ich gekauft habe bleibt gleich. Aber ich muss diese gleiche Menge immer bezahlen – das ist Inflation und das ist Geldentwertung, keine echte Rendite! Wenn es eine solche Inflation bei den Konsumgütern oder anderen Waren gäbe, würden alle Alarmglocken sofort losgehen. Vor allem wenn nicht die EZB einschreiten würde. Ob sie das Problem dann lösen kann ist eine andere Frage. Sicher würde die halbe Bevölkerung auf die Barrikaden gehen. Wir haben aber bei Aktien, Gold und Immobilien stark mit inflationären Entscheidungen zu tun. Es handelt sich um Blasen, wie sie heute schon erwähnt wurden.

Der Glaube an die Selbstregulierung der Märkte

Wann wurde eigentlich der Homo oeconomicus geboren, den wir heute kennen? Wann wurde er in ein System formuliert? Ulrike Herrmann hat es heute Morgen bei Ihrem spannenden Ritt durch die Geschichte bereits aufgegriffen, als sie im Jahr 1760 bei der Entwicklung der Industrialisierung in England Halt gemacht hat. Es war, wie Sie sicher alle wissen, Adam Smith. 16 Jahre nach 1760 schrieb er das Buch „Wealth of Nations“. Und wenn ich nun gleich daraus vorlese, dann ist das zumindest dahingehend interessant, in Anbetracht auf die Verhaltensweise des Bankers, die ich vorhin geschildert habe. Sie

unterscheidet sich ja nicht so sehr von anderen innerhalb der Wirtschaft.

Vor 240 Jahren hat Adam Smith also gesagt: „Wir erwarten unser Essen nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Bäckers usw., sondern von deren Bestehen auf ihrem eigenen Interesse.“ Also wir erwarten es nicht vom Wohlwollen – was ja offensichtlich unterstellt, dass es das gibt (er war ja auch Moralphilosoph) – sondern von dem Bestehen auf dem Eigeninteresse. „Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihre Eigenliebe. Der Einzelne hat weder die Absicht, das öffentliche Interesse zu fördern noch weiß er, wie sehr er es fördert. Er beabsichtigt nur seinen eigenen Gewinn und er wird dabei durch eine unsichtbare Hand geleitet, die ein Ziel fördert, das nicht in seiner Absicht war.“ Das ist die berühmte unsichtbare Hand des Marktes, die sozusagen den Eigennutz zum Gemeinnutz führt. Und die Nutzung des Konstruktes Homo oeconomicus für die Mehrung des Allgemeinwohlstands, das ist in der Tat bei Adam Smith zum ersten Mal in der Klarheit aufgetaucht. Interessant ist auch, in welchem geschichtlichen Kontext dies entstanden ist. Auch das hat Ulrike Herrmann heute Morgen schon ein Stück weit erklärt. Es war das Zeitalter der Aufklärung. Es war das Auslaufen der Reformationszeit, also eine Art Emanzipierung von einer alles dominierenden Kirche. Eine Zeit, in der Staat und Kirche begannen, sich zu trennen. Das war eine Freiheitsbewegung die sich gegen den Alleingültigkeitsanspruch der Kirche stemmte, des von außen vorgegebenen Wohlverhalten im religiösen Sinne. Also von dem was die Kirche bestimmte, wie ihre Schäfchen sich zu verhalten haben. Zu diesem Zeitpunkt war der Anfang der industriellen Revolution. Hier wurde das Konstrukt von der unsichtbaren Hand des Marktes geboren. Also das Credo, dass durch Eigeninteresse der allgemeine Wohlstand entsteht. Das hat sich 240 Jahre in unsere Gewohnheit, in unseren Verstand eingebrannt.

Vor diesem historischen Hintergrund rechtfertigt sich kein solches Verhalten, wie es die Banker teilweise rechtswidrig gezeigt haben. Doch wird verständlich, warum heute jemand wie sie, nichts Verwerfliches daran findet, wenn sie sich im Rahmen des Gesetzes nur um ihr eigenes Interesse zu Lasten der Allgemeinheit bemühen. Das ist Adam Smith pur.

Überfluss als Systemproblem – Teil zwei

Heute haben wir jedoch eine völlig andere Situation als zum Beginn der Industrialisierung. Aus heutiger – aber auch aus damaliger Sicht existierte im 18. Jahrhundert eine unglaubliche Armut an Wohlstand. Also schlicht gesagt eine enorme Armut mit einer extremen Knappheit an grundlegenden Gütern und Dienstleistungen.

In diesem Zeitraum war die unsichtbare Hand, die es ermöglicht, nur nach dem eigenen Interesse zu handeln, ein Freiheitsimpuls. Sie ermöglichte für sich selbst zu handeln. Nicht mehr von außen bestimmt, wie z. B. von der Kirche.

Sie war also ein erster Schritt in die Freiheit. Erkauft jedoch dadurch, dass nach wie vor eine äußere Instanz existierte, die dafür sorgte, dass unser Eigeninteresse ohne unser Zutun, ohne unser Bewusstsein, ohne unsere Absicht, schon zu einer Mehrung des Wohlstands der Allgemeinheit führen würde.

Ob das richtig war oder nicht, darüber kann man lange diskutieren. Worüber man – meiner Meinung nach – *nicht* diskutieren kann ist die Tatsache, dass es außerordentlich erfolgreich war und ist, bei der Beseitigung von Knappheit. Um das zu sehen, braucht man nicht 240 Jahre zurückgehen. Man kann dies noch heute in den Schwellenländern sehen; oder am Wirtschaftswunder, damals nach dem zweiten Weltkrieg. Dieses System bringt seine Kollateralschäden mit sich, die erheblich sind. Aber dieses System ist außerordentlich erfolgreich in der Beseitigung von Knappheit, kein Zweifel.

Heute haben wir keine Knappheit mehr. Zumindest nicht in den Wohlstandsländern und zumindest nicht in fast allen Bereichen der Güter- und Dienstleistungsangebote. Aber wir versuchen nach wie vor sie zu beseitigen. Es gibt eine Milliarde Hungernde Menschen auf der Welt. Und eine Milliarde, die zu Übergewichtigkeit tendieren. Und an wen versuchen wir mehr Lebensmittel verkaufen? An die Übergewichtigen! Denn das System versucht Wachstum zu generieren. Deswegen gehen die Preise immer weiter nach unten. Der Landwirt, wir sehen es gerade wieder bei der Milch, versucht immer mehr zu produzieren, die Preise gehen immer weiter nach unten und die Bewegung ist, noch mehr zu produzieren, um es wieder auszugleichen. Ganz offensichtlich kann dieses System mit Überangebot also

nicht umgehen. Es ist gemacht für Knappheit. Dort ist es erfolgreich. Aber es versagt – und ich meine, es muss auch versagen – in Situationen, wo wir Überangebot haben.

Und es ist nicht in der Lage, die Verteilung zu regeln. Das ist in der Tat ein weiteres Systemproblem, das schon immer existierte. Wo allgemeines Wachstum zu allgemeiner Mehrung des Wohlstands geführt hat, hat die zunehmende Ungleichverteilung immer noch dazu geführt, dass ganz unten eine Mehrung des Wohlstands stattgefunden hat. Das ist zu einem Ende gekommen.

Auch das Mitnehmen der Armen zu „ein bisschen weniger arm“ funktioniert nicht mehr. Das könnte ich noch lange ausführen, aber ich glaube, das brauche ich nicht zu tun. Sie können es in jedem Lebensmittelmarkt sehen. Dort ist es nicht nur so, dass zu viel im Ladenregal steht. Sondern vom Acker bis zum Magen wandern 50 Prozent der Lebensmittel in den Mülleimer. Und was tut man dagegen? Man versucht, durch weniger Qualität zulasten der Umwelt, billigere Lebensmittel zu produzieren, um mehr zu verkaufen. An die Übergewichtigen.

Das Gleiche sieht man bei Kleidung. Es ist fast ein Weltwunder, dass ein Herr im Publikum heute ein Ökobank-T-Shirt trägt. Denn es wurde auf jeden Fall vor dem Jahr 2000 produziert, die Ökobank wurde dann aufgelöst. Mittlerweile werden T-Shirts höchstens noch einmal gewaschen und dann weggeworfen. So billig sind sie geworden. Und warum tut man das? Damit man mehr T-Shirts verkaufen kann, an die, die sowieso schon T-Shirts haben.

Im Energiemarkt? Das Gleiche.

In der Mobilität? Das Gleiche. Eine schöne Geschichte hierzu übrigens: Der Vorstandsvorsitzende von BMW, Herr Krüger sagte – als er einmal gefragt wurde, wozu eigentlich selbstfahrende Autos benötigt würden –, in China säßen die Leute heute zum Teil dreißig Tage pro Jahr im Stau. Mit selbstfahrenden Autos könnte man diese Zeit nutzen und mehr Autos verkaufen. Aber was wäre die Folge? In zehn Jahren würde man in China vierzig Tage im Stau stehen. Das ist schon nicht mal mehr Mobile-Office, denn es hat mit Mobilität nichts mehr zu tun. Es sind verzweifelte Versuche, dort wo sowieso schon zu viel ist, noch

mehr hin zu bringen. Und an anderen Stellen dieser Erde gibt es noch überhaupt keine Mobilität!

Eine neue Aufklärung im Wirtschaftssystem: Die sichtbare Hand

Dieses in der Vergangenheit sehr erfolgreiche System hat die Grenze seiner Leistungsfähigkeit längst überschritten. Und das bietet Riesenchancen! Wir müssen nur die Frage der Aufklärung, die ja eine Emanzipation vom Alleingültigkeitsanspruch der Kirche war, auf unsere heutige Zeit übertragen und uns fragen: „Welche Art von Aufklärung brauchen wir heute eigentlich?“ Die Antwort ist, wir brauchen eine Aufklärung vom Alleingültigkeitsanspruch der Wirtschaft!

Frau Bauer hat heute Morgen exzellent dargestellt, welche Allgemeingültigkeit unsere Wirtschaft heute besitzt und wie diese unser Leben dominiert. Wir erleben es jeden Tag. Sei es die wohl letztinstanzliche Entscheidung über das Schreddern von männlichen Küken oder seien es andere Beispiele. Was war die Begründung für das Schreddern? Gibt es überhaupt einen vernünftigen Grund dafür, der über dem Tiererschutz steht? Die Antwort der Richter war: Ja! Weil es keine andere Methode gibt, die ökonomisch vertretbar ist.

Das bedarf einer Aufklärung! Es bedarf eines neuen Bewusstseins! Denn was wir bisher gemacht haben, ist verstandesmäßiges Organisieren. Dieses rein verstandesmäßige System der unsichtbaren Hand, außerhalb unseres eigenen Bewusstseins, unseres eigenen Willens, unserer eigenen Absicht ist zwar in sich schlüssig, aber ganzheitlich gesehen nicht mehr leistungsfähig. Es stimmt abstrakt, mathematisch aber nicht sozial und ökologisch. Was wir heute machen müssen ist, die Hand sichtbar zu machen. Dabei werden wir merken, es sind unsere Hände. Das sind nicht die Hände eines Dritten! Es sind unsere Hände!

Mit unseren eigenen Händen, Herzen und Bewusstsein, übernehmen wir unsere eigene Verantwortung. Wie wir das geistig ja schon nachvollzogen haben, dass über unser eigenes Geistesleben nicht die Kirche, sondern wir selber bestimmen, so notwendig ist es eben auch, dass wir über unsere Wirtschaft selber bestimmen und das nicht mehr eine „unsichtbare Hand“ machen lassen, weil sie nicht mehr funkt-

ioniert. Und weil sie nicht mehr dem Freiheitsstreben der Menschen entspricht.

Die Frage ist: Was benötigen wir stattdessen? Ich bin nicht so naiv zu glauben, man müsse dies nur auf breiter Basis verkünden und schön wäre es im Bewusstsein eines jeden und jeder würde entsprechend handeln. Wir sind seit 240 Jahren gewohnt so zu handeln. Das werden wir nicht innerhalb von wenigen Jahren verändern. Das muss man sehr nüchtern sehen.

Vom Homo oeconomicus zum Homo civilis et oeconomicus

Wie kommen wir nun vom Zungenbrecher *Homo oeconomicus* zum Zungenbrecher *Homo civilis et oeconomicus*? Indem wir selbst definieren, was wir für einen Fortschritt des Wohlstands halten! Dieser Fortschritt wird sich nicht mehr automatisch einstellen. Das konnten wir in den letzten Jahren sehen.

Diesen Fortschritt zu definieren ist eine Aufgabe unserer Gesellschaft. Der Einzelne kann dies (noch?) nicht allein mit einer Kaufentscheidung tun. Dies bedarf demokratischer Entscheidungen, dahingehend wie wir in Zukunft leben wollen und was wir in Zukunft für einen Wohlstandsfortschritt halten und was nicht. Und das ist – wie ich finde – nicht utopisch. Denn in einzelnen Bereichen ist es uns bereits gelungen.

Nehmen wir den Energiebereich. Auch wenn dort im Moment wirklich erstaunliche Diskussionen im Gange sind, die ich noch vor wenigen Wochen überhaupt nicht für denkbar gehalten habe. Es geht dabei darum, dass man versucht, die Energiewende, also den Zubau regenerativer Energien, zu bremsen. Es wird gesagt, 71 Milliarden Investition in den Ausstieg der Kohle können wir uns eigentlich nicht leisten, dies sei zu teuer. Eine ebensolche Diskussion gibt es um CO₂-Einsparungen und die Beschlüsse von Paris, die mühsam waren, die lange gedauert haben, die nicht verbindlich sind, aber die definieren, wie wir in Zukunft leben wollen. Gleichzeitig kommt jemand auf die Idee, in Europa ein Förderprogramm für Kernenergie aufzulegen. Man sieht also, der Prozess ist mühsam, aber zumindest bei den regenerativen Energien hat die deutsche Gesellschaft – „beschlossen“ kann man nicht sagen – aber Angela Merkel hat bemerkt, dass sie nicht mehr lange am Ruder geblieben wäre, wenn sie nicht den Ausstieg

aus dem Ausstieg des Ausstiegs vollzogen hätte. Aber – es herrscht ein klarer gesellschaftlicher Konsens, dass wir als Gesellschaft diese Energiewende brauchen und wollen.

Ich halte es für überflüssige, aber hoffentlich letzte Zuckungen derjenigen, die immer noch nicht verstanden haben, dass sie ihre Unternehmen damit gefährden, wenn sie auf diese Technologien der Vergangenheit setzen. Denn diese Technologien sind langfristig unglaublich viel teurer – unter Vollkosten gesehen – als regenerative Energien.

Wir kennen dies bereits aus einzelnen anderen Bereichen: Wir definieren, was wir Bürger für einen Fortschritt des Wohls der Gesamtheit in der Zukunft halten. Und wir schaffen entsprechende Rahmenbedingungen, um dies zu ermöglichen. Diese gehen nicht weit und konsequent genug, sind aber die einzige Möglichkeit, um die Zukunft zu gestalten. Hier ist sicherlich auch die Politik gefragt. Wir als Bürger definieren, wie die Welt künftig aussehen soll! Wobei es erschreckend ist wie oftmals die Werte des Bürgers und des Kunden auseinanderfallen. Damit hat der Einzelne – in seiner Widersprüchlichkeit – zumindest noch ein Jahrhundert Zeit, die Widersprüche zu überwinden.

Bürger versus Kunde

Im Bankenbereich gibt es immer wieder Umfragen, die besagen, dass 80 Prozent der Bundesbürger finden, die derzeitige Art des Bankings sei unmöglich, empörend geradezu. Gefragt: „Was halten sie von ihrer eigenen Bank?“, sehen dann nur noch 40 Prozent ein unmögliches Verhalten. Diese Studie wird in Bankkreisen leidenschaftlich gerne zitiert. Stets mit dem Nachsatz: „Naja, da könnt ihr doch sehen, wenn man sich richtig anstrengt, kommt auch das Vertrauen zurück.“ Doch es wird nicht verstanden, dass genau dies der Unterschied ist zwischen dem Kunden und dem Bürger, der aber in einer Person steckt. Der Bürger in uns findet vieles, was wir als Kunde machen, absolut unmöglich.

Wir müssen begreifen: Nur der Bürger wird es ändern, nicht der Kunde! Der Kunde in uns folgt dem Bürger. Nicht umgekehrt.

Ich glaube es ist wichtig, dass wir viele, viele pionierhafte Bewegungen haben, und zwar in quasi allen Zweigen der Wirtschaft. Überall dort, wo man

zeigen kann: Es geht auch anders! Aber es dauert zu lange, bis der Kunde so handelt. Wir müssen auf den Bürger in uns hören und als Bürger die Entscheidung fällen, wie wir in Zukunft leben wollen. Sie kennen selbst viele Beispiele. Das, was wir in der GLS Bank machen, ist ein solches Beispiel, gegen den Strom zu schwimmen. Normalerweise wird die Entscheidung für ein Investment immer anhand der Höhe des Zinssatzes bei gegebener Laufzeit und Sicherheit gefällt. Dies umzudrehen und zu sagen: „Nein! Entscheidend ist, welcher Sinn durch das Investment gestiftet wird, ob in Vollgeld oder bei der Kreditschöpfung oder wo auch immer.“

Wenn Investments getätigt werden, müssen in die Entscheidungsmatrix die Sinnhaftigkeit, also die sozialen und ökologischen Kriterien integriert werden. Viele von ihnen machen genau das bereits. Genauso wie die GLS Bank und andere Banken in Deutschland, aber auch in Dänemark und vielen anderen Ländern. Dennoch hat dieser Aspekt auf die gesamte Regulierung 0,0 Prozent Einfluss genommen.

Insofern kommt es auf den Bürger in Verbindung mit der Politik an und es darf nicht der Politik überlassen werden. Es muss vom Bürger kommen! Viele Regulierungen sind mit dem Argument des Verbraucherschutzes eingeführt worden, also zum Schutz des Kunden, nicht zum Schutz des Bürgers. Das System wurde genommen, wie es ist (also die höchste Rendite entscheidet die Investition) und hat den Menschen als Problem in diesem System definiert. Also raus mit dem, schreibt dem alles vor, wie er es zu machen hat. Damit es im Sinne dieses – wie ich sagen würde – völlig falschen Systems ist. Eines Systems, das nicht mehr leistungsfähig ist. Das ist die Art der Regulierung, die heute vorherrscht: bis ins kleinste Detail vorzuschreiben, wie Entscheidungen zustande kommen müssen, unter welchen Kriterien man Kredite vergeben darf und die Entscheidungsparameter alle melden, damit die EZB diese alle nachkontrollieren kann und ihre Systeme darauf ausrichten kann. Das ist die Art der Regulierung. Darum bedarf es im Finanzmarkt des Bürgers und nicht des Kunden. Es braucht ihn, um die Politik dazu zu bringen, Veränderungen in den Rahmenbedingungen so zu machen, dass Bankgeschäfte wieder den Menschen dienen und nicht so, dass der Kunde vor den Bankgeschäften geschützt wird. Letzteres wird niemals ein menschlich sinnvolles Konzept sein.

Also – wir haben viele positive Entwicklungen und Bewegungen, die bereits vorhanden sind: im landwirtschaftlichen Bereich, im Lebensmittelbereich, im Bankbereich, zögerlich bei der Mobilität; wir haben die ganze Entwicklung der Share-Ökonomie, also Verhaltensweisen, die eine Veränderung unserer Rahmenbedingungen erforderten. Es wird Zeit, dass der Bürger entscheidet wie seine Zukunft aussehen soll.

Ich weiß nicht, ob der Satz, den ich jetzt zum Schluss sage und den wir in der GLS als unseren Leitsatz ansehen, unmittelbar zu meiner letzten Bemerkung passt. Aber wenn wir diese ganzen Systeme, diese ganzen Probleme heute anschauen, ist die Angst das vorherrschende Erlebnis, das wir in der Bevölkerung und vielleicht auch in uns selbst spüren. Und für die Veränderungen des Systems, die wir brauchen, für diese Aufklärung, ist eines ganz entscheidend. Das ist das, was Wilhelm Ernst Barkhoff im Zuge der Gründung der GLS Bank gesagt hat: *„Die Angst vor einer Zukunft, die wir fürchten, können wir nur überwinden durch Bilder einer Zukunft, die wir wollen.“* Und das könnte ein Motto sein, um diese Fragen weiter anzugehen.

Herzlichen Dank!

Vorstandssprecher Thomas Jorberg im Mai 2016